



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

6. Sitzung (öffentlich)

7. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde I:

"Sondermüllzwischenlager in Holzweiler"

1

Das von der CDU erbetene Schreiben der EU-Kommission liegt mit Vorlage 13/451 vor.

StS'in Friedrich (MUNLV) berichtet.

2 Aktuelle Viertelstunde II:

"Welche Veränderungen in der Klärschlammzusammensetzung haben die Umweltministerin dazu bewogen, vor der Klärschlammausbringung generell zu warnen?"

5

StS'in Friedrich trägt vor.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400 und 13/620

11

StS'in Friedrich beantwortet Fragen des Ausschusses. Für die Sitzung am 7. März 2001 erbittet der Ausschuss zu verschiedenen Themen schriftliche Berichte.

4 Hochwasserschutz in NRW

Vorlage 13/385

15

Das Ministerium beantwortet Fragen des Ausschusses.

5 Mehr Markt in der Abfallwirtschaft - Ökologie zu vernünftigen Preisen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/606

und

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/665

-

TOP 5 wird auf den 7. März 2001 vertagt.

6 Chancen für den Wirtschaftsstandort NRW verbessern; Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tatsächlich verfügbar machen

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/618

TOP 6 wird ebenfalls vertagt.

7 Welche Gefahren für Böden und Grundwasser in NRW gehen von Tierarzneimitteln aus?

19

Mit Vorlage 13/455 liegt der von der CDU erbetene Bericht der Ministerin vor.

8 Stand, Perspektiven und aktuelle Probleme (Beeinträchtigung von Gesundheit, des Landschaftsbildes etc.) der Windkraft in NRW

19

Auf Bitten des Ausschusses verzichtet StS'in Friedrich darauf, mündlich zu berichten; stattdessen wird sie ihren Bericht schriftlich zur Verfügung stellen.

9 Anwendung von gebrauchten Fotochemikalien zur Verminderung von NOx-Emissionen bei Zementwerken mit dem SNCR-Verfahren

20

Der von der SPD erbetene Bericht der Ministerin liegt mit Vorlage 13/450 vor.

10	MZB Hünxe: Aktueller Sachstand und notwendige Schritte für den Neubau	20
-----------	--	-----------

MR'in Spüntrup (IM) erstattet den von den Grünen erbetenen Bericht.

Nächste Sitzung: 7. März 2001

Um andere Stoffe im Klärschlamm untersuchen zu können, brauche man zum einen eine rechtliche Grundlage und zum anderen Personal. Beispielsweise werde TBT nicht in der Klärschlammverordnung erfasst. Bei der Seseke sei dem Ministerium vorgeworfen worden, es sei zu zurückhaltend gewesen. Es erstaune sie, hier etwas anderes zu hören. Das Ministerium sei der Auffassung, dass TBT nicht in einen Fluss gehöre.

Auch sie sei der Meinung, dass eine weitere fachliche Diskussion geführt werden müsse, um dem Vorsorgeaspekt Rechnung zu tragen.

Eine optimale Behandlungsart existiere nicht. Denn die Behandlung hänge immer von den vorhandenen Schadstoffen ab. In der Tat gebe es Klärschlämme, die auf den Acker kommen dürften. Es sei aber sinnvoll, sich die Klärschlämme genau anzusehen, um dies auch bedenkenlos tun zu können. Hochgradig belastete Klärschlämme sollten aber aus Vorsorgegründen nicht auf die Felder aufgebracht werden. Statistiken zeigten, dass gerade in den Böden, auf denen Klärschlämme aufgebracht worden seien, die Schwermetalle angewachsen seien.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) meint, seine Fragen seien nicht beantwortet worden und bittet StS'in Friedrich, dies schriftlich nachzuholen. - **StS'in Friedrich** ersucht ihn, die Fragen noch einmal schriftlich zu stellen. - **Holger Ellerbrock (F.D.P.)** verweist auf das Protokoll.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400 und 13/620

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorlagen 13/195, 13/196 und 13/424

Vorsitzender Klaus Strehl weist darauf hin, dass der Umweltausschuss die abschließenden Beratungen zum Einzelplan 10 am 7. März 2001 vornehmen werde.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) bittet zu zwei Aspekten um Informationen, damit man dies in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigen könne:

Beim AAV befinde man sich auf dem Wege zu einer Nachfolgelösung, einer Finanzierung unter Beteiligung der Wirtschaft. Das Land müsse Vorsorge treffen, wenn sich die Wirtschaft zu einem freiwilligen Beitrag bereit erkläre. Unabhängig davon, ob das im Haushalt berücksichtigt werden müsse, sei dies in die Haushaltsdiskussion einzubeziehen.

Die Abwasserabgabe werde im Moment sehr intensiv diskutiert. In diesem Zusammenhang werde von einer Ansammlung erheblicher Summen gesprochen. Man benötige einen Überblick, welche Verwendung auch über das Haushaltsjahr hinaus für die Mittel vorgesehen sei. Es mache wenig Sinn, Geld anzusammeln und es nicht bestimmungsgemäß einzusetzen.

Der Landtag habe in einem Beschluss die Weiterentwicklung der Abwasserabgabe gefordert und habe sich nicht den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände angeschlossen, die Abwasserabgabe abzuschaffen. Man sehe eine gewisse Berechtigung für die Abwasserabgabe, habe aber gleichzeitig Verständnis für die Bedenken, dass die bundesgesetzliche Regelung vielleicht nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit sei. Das Umweltministerium habe die Aufgabe, Überlegungen anzustellen, wie die Reform der Abwasserabgabe in die Wege geleitet werden könne. Man sei sich schon bewusst, dass es sich um eine bundesgesetzliche Regelung handle. Ziel sei auch, dort, wo es möglich sei, eine Entlastung vorzunehmen.

Außerdem gehe es um die so genannten OEPPEL-Programme. Die SPD lege Wert darauf, dass in dieser Legislaturperiode das Jahrhundertwerk der Emscher- und Sesekekanalisation fortgesetzt werde.

Er bitte heute oder in den nächsten Tagen um einen Bericht über die konkrete Planung, den Mittelabfluss und die Organisation der Mittelverwendung bei den Wasser- und Abwasserverbänden, da dort immer wieder diskutiert werde, mehr machen zu wollen, als im Moment Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Hans Krings (SPD) führt aus, dass sich sein Redebeitrag auf den Personalhaushalt des Einzelplans 10 beziehe. Er habe auch eine Kleine Anfrage zur Übernahme von 17 Umwelterinspektoranwärterinnen und -anwärtern gestellt. Diese seien 1999 eingestellt worden. Sie behaupteten, es habe zwar damals keine Einstellungszusage gegeben, aber es sei gesagt worden, bisher habe es aber mit der Übernahme keine Probleme gegeben. Dies klinge glaubhaft, weil einige Bewerber aus bestehenden Arbeitsverhältnissen ausgestiegen seien, um sich beim Land zu bewerben. Ihm sei auch kein anderer Einzelplan mit solchen Problemen bekannt.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage sei die Maßnahme mit 106 kw-Stellen begründet worden, die der Finanzminister dem Hause auferlegt habe. Das geschehe aber in anderen Häusern auch; trotzdem träten solche Probleme nicht auf. Im Polizeibereich seien sogar über Einstellungszusagen nach Tests überplanmäßige Stellen geschaffen worden, die man im Laufe der Jahre wieder abbauen müsse. Es gebe also Mittel und Wege.

Seine Bitte sei, wenn die Betroffenen nicht auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden könnten - hier habe er starke Zweifel -, ob sie nicht zumindest befristet eingestellt werden könnten, bis sich für die betreffenden Bewerber freie Beamtenstellen ergäben.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) erläutert, dass sich die Umwelterinspektoranwärterinnen und -anwärter an alle Fraktionen gewandt hätten. Deshalb unterstütze er die Aussage von Hans Krings. Wenn jemand ein befristetes Arbeitsverhältnis aufgebe, um eine qualifizierte Aus-

bildung im Umweltschutz anzutreten, müsse es einen Vertrauensschutz geben. Vielleicht bestünden im Hause doch noch Möglichkeiten, diese 17 Personen weiter zu beschäftigen.

Hans Peter Lindlar (CDU) merkt an, dass auch die CDU diese Frage habe stellen wollen.

Weiterhin interessiere man sich dafür, ob es über den Agenda-Prozess schon etwas zu berichten gebe. Ende Januar 2001 habe der Regierungsausschuss getagt. Dort habe man sich über organisatorische und inhaltliche Fragen unterhalten wollen.

Zudem habe die Ministerin in ihrem Bericht darauf verwiesen, dass die Verwendung von Altholz in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen ein Schwerpunkt der Abfallwirtschaft sein solle. Er frage, ob auch eine zeitlich engere Perspektive ins Auge gefasst worden sei.

StS'in Friedrich antwortet, dass man zurzeit sowohl in Gesprächen mit der Industrie als auch mit Vertretern der Entsorger wegen des AAV sei. Jeder lobe die vernünftige AAV-Arbeit, aber keiner wolle zahlen. Nun regten sich erste Hoffnungen, vonseiten der Industrie wirklich etwas zu erhalten, wenn auch viel weniger als ursprünglich angeplant worden sei. Bei der Gegenfinanzierung befinde man sich in Verhandlungen mit dem Finanzministerium, inwieweit die Möglichkeit bestehe, etwas aus GFG-Mitteln zu erhalten. Im Augenblick könne sie dazu noch nichts sagen, werde aber zu gegebener Zeit gerne darüber berichten.

Bezüglich der Abwasserabgabe sei ja die Initiative ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft NRW bekannt. Es entstehe immer das Problem, dass bei Jahresabschlüssen ein kameralistischer Kassenabschluss erstellt werde, die meisten Mittel aber mit Zuwendungsbescheiden gebunden seien. Die Daten vom 31.12.2000 lägen noch nicht vor. Sobald sie zur Verfügung stünden, werde man sie an den Ausschuss weiterleiten, damit dieser einen Überblick habe, welche Mittel gebunden und welche bereits abgeflossen seien. Damit reduziere sich der zur Verfügung stehende Betrag um dreistellige Millionenhöhen.

OEPEL wolle sie deshalb herausheben, als ein großer Anteil von Ziel-2-Programmen dazugehöre. Die Landesregierung sei nach wie vor dabei, diese Umstrukturierung zu unterstützen, und im Haushaltsentwurf seien zusätzlich 28 Millionen DM aus GFG-Mitteln benannt.

Zur Ausbildung von Nachwuchsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern: Man frage sich schon seit längerem, ob man überhaupt noch ausbilden solle, da man den Auszubildenden anschließend keinen Arbeitsplatz mehr garantieren könne. Dies sei jedem rechtzeitig mitgeteilt worden. Nach kurzer Zeit hätten ihr Briefe vorgelegen, sodass sie dies auch noch einmal mit dem Ausdruck größten Bedauerns schriftlich bestätigt habe. Man würde diese Mitarbeiter gerne behalten; es sei mehr Arbeit mit immer weniger Leuten zu verrichten. Solange aber bei den Staatlichen Umweltämtern 106 Stellen mit kw-Vermerken versehen seien, sei eine zeitlich befristete Einstellung nicht möglich. Es stehe aber dem Gesetzgeber frei - dafür wolle sie werben -, im Haushalt Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Denn einerseits brauche man gut ausgebildete Kräfte, und andererseits machten sich die Menschen individuell Hoffnungen, obwohl sie informiert worden seien.

Man habe sich trotzdem entschieden, weiterhin auszubilden. Zunächst kosteten die Auszubildenden zwar etwas mehr Zeit, viel wichtiger sei aber, dass im Lande Leute gebraucht würden, die mit der öffentlichen Umweltverwaltung vertraut seien. Die kommunale Umweltverwaltung greife gerne auf sie zurück; sie seien aber auch für die Industrie von höchstem Interesse, da sie verfahrensbeschleunigend wirkten.

Zum Regierungsausschuss Agenda NRW: Am 29. August 2000 habe die konstituierende Sitzung des Regierungsausschusses stattgefunden: die Sitzung der Staatssekretäre, die die operationelle Arbeit koordinierten. Nach einer Grundsatzdiskussion seien die ersten Entwürfe debattiert worden, wie die Struktur auf der Grundlage der Beschlüsse des Landtags gestaltet werden könne. Es werde eine externe Projektbegleitung vorgenommen. Am nächsten Montag werde man sich wieder treffen.

Johannes Remmel (GRÜNE) merkt an, dass auch er sich mit einem Brief für die 17 Inspektorinnen und Inspektoren eingesetzt habe. Der Haushaltsgesetzgeber könne nun mehr Stellen bereitstellen, müsse aber auch im Blick haben, dass die Personalkosten insgesamt zurückgefahren werden sollten, um den Haushalt zu sanieren.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es bei aller Begrenztheit der Stellen im Sinne der Nachwuchsförderung und eines organischen Aufbaus des Personals sei, die eine oder andere Neueinstellung vorzunehmen.

Seine Frage, wie die Abwasserabgabe weiterentwickelt werden solle, sei nicht beantwortet worden. Wenn dies aus dem Stehgreif nicht möglich sei, bitte er in nächster Zeit um einen schriftlichen Bericht, in welcher Richtung das Ministerium etwa im Bundesrat initiativ werden wolle.

Hans Peter Lindlar (CDU) bittet das Ministerium, bis zur nächsten Sitzung über den Stand der TA Verwertung und des AAV zu berichten und zum Thema "Elektrosmog" ausführlich Stellung zu nehmen. Offensichtlich gebe es im Hintergrund Erkenntnisse, vor der Benutzung des Handys im Auto ohne Außenantenne zu warnen. Auch über Augenkrebs durch Handybenutzung werde diskutiert. Angesichts der erheblichen Zunahme der Funktätigkeit sei es wichtig, den Verbrauchern sagen zu können, wohin der Weg führe. Man werde hierzu noch schriftlich detaillierte Fragen an das Ministerium leiten.

Die Nachfrage von **Hans Krings (SPD)**, ob den Inspektorinnen und Inspektoren wegen des Vertrauensschutzes klar gesagt worden sei, dass sie nicht übernommen würden, bestätigt **StS'in Friedrich**; sie habe sogar geschrieben.

Vorsitzender Klaus Strehl fasst zusammen, dass der Ausschuss rechtzeitig zur Haushaltsplanberatung am 7. März 2001 um schriftliche Berichte zu folgenden Themen bitte:

- Stand der Abwasserabgabe zum 31.12.2000

Es sei von einer dreistelligen Summe gesprochen worden. Für die weitere Disposition sei es außerordentlich wichtig zu wissen, was bewilligt worden und was abgeflossen sei.

- Stand des Programms OEPEL
- TA Verwertung
- Elektrosmog

Hierzu werde die CDU dem Ministerium noch Fragen zuleiten.

Zum AAV erübrige sich aus seiner Sicht ein schriftlicher Bericht, da die Verhandlungen noch im Gange seien.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) bittet zu überlegen, ob das Thema "Elektrosmog" in den Umweltausschuss gehöre, da eher auf die Gesundheitsvorsorge abgezielt worden sei.

4 Hochwasserschutz in NRW

Vorlage 13/385

Vorsitzender Klaus Strehl verweist zusätzlich auf Vorlage 13/453.

Manfred Palmen (CDU) legt dar, dass er den Wahlkreis 61 Kleve vertrete. Presseberichte sorgten für Unruhe. Denn am 15. Dezember 2000 habe das niederländische Kabinett für das 21. Jahrhundert neue Strategien seiner Wasserwirtschaft festgelegt. Unter der Überschrift "Raum für den Fluss" werde zu einer Hochwassersituation Folgendes ausgesagt: "Das Kabinett wird in derartigen Katastrophensituationen kontrollierte Überschwemmungen in Betracht ziehen können. Deswegen müssen im Vorfeld Notüberschwemmungsgebiete verfügbar sein." Dies habe den Eindruck erweckt, es würden wie am 27. Februar 1945 die Deiche durchstoßen, das Wasser dringe über den Bereich Kerkerdom/Millingen oder an anderer Stelle in das niederländische Gebiet ein und laufe von da aus in die Bundesrepublik Deutschland insbesondere nach Kranenburg und Kleve. 1945 habe ganz Kranenburg und Kleve zur Hälfte unter Wasser gestanden - bei einem niedrigeren Wasserstand, als er bei diesem Szenario angenommen worden sei.

Nun wolle er gerne wissen, ob in diesen Notfällen mit Deichdurchstichen gerechnet werden müsse, ob in einem solchen Fall von den Niederlanden her Überschwemmungsgefahr für die Niederungsgebiete in Kleve und Kranenburg drohe und ob es Maßnahmenpläne des Landes bzw. der zuständigen Deichverbände gebe, wenn dies der Fall sei.